

Fakultäten 1 bis 6
Institute d. Fk. 1 bis 6
Geschäftsstelle Präsidium (25 Ex)


Nr. 602
28.04.2009

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina
zu Braunschweig

Aushang

Redaktion:
Geschäftsstelle des
Präsidenten
Pockelsstraße 14
38106 Braunschweig
Tel. 0531/391-4101
Fax 0531/391-4300

Änderung des Allgemeinen Teils der Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge an der Technischen Universität Braunschweig



Die Fakultätsräte der Carl-Friedrich-Gauß Fakultät, der Fakultät für Lebenswissenschaften, der Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Umweltwissenschaften, der Fakultät für Maschinenbau, der Fakultät für Elektrotechnik, Informationstechnik, Physik sowie der Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften bzw. für diese im Wege des Beschlusses die Dekanin bzw. Dekane haben am 02.04.2009, 27.03.2009, 31.03.2009, 15.04.2009, 27.03.2009 und 31.03.2009 die anhängende Änderung des Allgemeinen Teils der Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge an der Technischen Universität beschlossen. Die vom Präsidenten am 15.04.2009 genehmigte Änderung wird hiermit hochschulöffentlich bekanntgemacht.

Die Änderung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung, am 29.04.2009 in Kraft.

Zur Beschleunigung wird die Allgemeine Prüfungsordnung in der diese Änderungen berücksichtigenden Fassung beigelegt.

Zweite Änderung des Allgemeinen Teils der Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge an der Technischen Universität

Abschnitt I

Der Allgemeine Teil der Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge an der Technischen Universität, hochschulöffentliche Bekanntmachung am 21.10.2005, TU-Verkündungsblatt Nr. 385, geändert durch hochschulöffentliche Bekanntmachung vom 31.03.2006, TU-Verkündungsblatt Nr. 408, wird wie folgt geändert:

1.) Der einleitende Absatz erhält folgende Fassung:

„Auf Vorschlag des Senats haben die Fakultätsräte der Carl-Friedrich-Gauß Fakultät, der Fakultät für Lebenswissenschaften, der Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Umweltwissenschaften, der Fakultät für Maschinenbau, der Fakultät für Elektrotechnik, Informationstechnik, Physik sowie der Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften die folgende gemeinsame Prüfungsordnung beschlossen.“

2.) In § 1 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter „Fachbereiche und“ gestrichen.

3.) § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Den Modulen sind eine oder mehrere Prüfungen und/oder Studienleistungen gemäß § 9 Abs. 1 zugeordnet.“

b) Nach Absatz 3 wird folgender neuer Absatz 4 angefügt:

„(4) Soweit in geeigneten Studiengängen ein Teilstudium zugelassen ist, ist das Studienangebot so zu organisieren, dass in der Regel die Hälfte der in der Prüfungsordnung vorgesehenen Leistungspunkte pro Semester erworben werden kann.“

4.) § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „oder eines Fachbereichs“ sowie „oder des Fachbereichs“ gestrichen.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „oder Fachbereichsrät“ gestrichen.

cc) In Satz 4 werden die Wörter „oder Fachbereiche“ gestrichen.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Der Prüfungsausschuss stellt die Durchführung der Prüfungen sicher und sorgt dafür, dass für die einem Studiengang zugeordneten (Teil-)Prüfungen mindestens zweimal pro Jahr, in der Regel einmal pro Semester, Prüfungstermine festgelegt werden. Satz 1 gilt nicht für Prüfungen, die zwingend im Zusammenhang mit einer Lehrveranstaltung zu absolvieren sind; entsprechende Lehrangebote sollen mindestens einmal pro Jahr vorgehalten werden. Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) und dieser Prüfungsordnung mit dem jeweils dazugehörigen Besonderen Teil eingehalten werden. Er berichtet der Fakultät über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten sowie über die Notenverteilung. Der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle führt die Prüfungsakte.“

c) In Absatz 6 Satz 3 wird das Wort „laufend“ gestrichen.

d) In Absatz 7 werden die Wörter „nicht aber“ durch das Wort „einschließlich“ ersetzt; nach dem Wort „Note“ wird ein „Komma“ angefügt.

5.) In § 5 Abs. 1 Satz 4 werden die Wörter „und/oder Ausbildung“ ersetzt durch die Wörter „oder in der Lehre“.

6.) § 6 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird der letzte Halbsatz „sofern der Studiengang in struktureller Hinsicht dem Studiengang an der TU Braunschweig entspricht“ gestrichen.

b) In Absatz 2 wird am Ende der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt: „Zusatzprüfungen gemäß § 19 können auf Antrag unter den Voraussetzungen von Absatz 1 Satz 2 und 3 bis zu einem Umfang von maximal 35 Leistungspunkten anerkannt werden.“

7.) § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Ziffer 1 erhält folgende Fassung:

„1. in dem Semester, in dem sie oder er sich zur Prüfung meldet, in dem betreffenden Studiengang bzw. – sofern entsprechende Kapazität vorhanden ist – in einem anderen Studiengang an der Technischen Universität Braunschweig eingeschrieben ist und“.

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Zulassung zur Prüfung ist zu versagen, wenn:

a. die Voraussetzungen nach Absatz 1 nicht erfüllt sind,

b. die Unterlagen unvollständig sind,

c. in dem gleichen Studiengang in der Bundesrepublik Deutschland die Bachelor- oder Masterprüfung endgültig nicht bestanden oder das Prüfungsverfahren nicht ordnungsgemäß abgeschlossen wurde oder ein Prüfungsanspruch nicht mehr besteht,

d. nach den ersten beiden Semestern nicht mindestens 30 Leistungspunkte erworben wurden, es sei denn, der Prüfungsausschuss hat auf Antrag gestattet, dass der Nachweis der 30 erreichten Leistungspunkte zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt

wird. Den Studierenden, die nach den ersten beiden Semestern nicht mindestens 30 Leistungspunkte erworben haben, ist das Angebot eines Beratungsgesprächs zu machen. In den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung kann die in den ersten beiden Semestern mindestens zu erwerbende Anzahl der Leistungspunkte auf 20 festgelegt werden. In diesem Fall haben die Studierenden mit 20 bis 29 Leistungspunkten – sofern der Prüfungsausschuss keine anderweitigen Vorgaben beschließt – an einem Beratungsgespräch teilzunehmen und 30 Leistungspunkte spätestens nach dem 3. Semester nachzuweisen. Den Studierenden, die nach den ersten beiden Semestern nicht mindestens 20 Leistungspunkte erworben haben, ist das Angebot eines Beratungsgesprächs zu machen. § 9 Abs. 12 und 13 sowie § 11 Abs. 3 gelten entsprechend.

Im Fall des Buchstaben c. und sofern nicht die erforderlichen Leistungspunkte gem. Buchstabe d erworben wurden, hat der Prüfungsausschuss das endgültige Scheitern in dem betreffenden Studiengang festzustellen und gem. § 19 Abs. 5 S. 2 Nr. 2 b NHG die Exmatrikulation zu veranlassen.“

c) Es wird folgender neuer Absatz 4 angefügt:

„(4) Werden mehrere Studiengänge parallel absolviert, so gelten die Vorgaben von Absatz 3 Buchstabe d nicht für Prüfungsverfahren in dem weiteren Studiengang, wenn zuvor bzw. zeitgleich die erforderlichen Leistungspunkte gemäß Absatz 3 Buchst. d. in einem anderen Studiengang erworben wurden.“

8.) § 9 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 7 wird die Zahl „3“ durch die Zahl „2“ ersetzt.

bb) Es wird folgender neuer Satz 8 angefügt:

„Nach Maßgabe der Besonderen Prüfungsordnung dürfen in Bachelorstudiengängen maximal 70 Leistungspunkte und in Masterstudiengängen maximal 40 Leistungspunkte durch Studienleistungen erworben werden.“

b) In Absatz 4 wird am Ende folgender neuer Satz 6 angefügt:

„Die letzte Wiederholungsprüfung, deren Nichtbestehen das endgültige Scheitern und damit die Beendigung des Studiums zur Folge hätte, wird abweichend von Satz 1 stets von zwei Prüfenden abgenommen.“

c) In Absatz 10 wird am Ende folgender neuer Satz 6 angefügt:

„Die Prüferin oder der Prüfer hat die Bewertung schriftlicher Arbeiten (einschließlich der Abschlussarbeiten) schriftlich unter Hinweis auf die für das Ergebnis ausschlaggebenden Gesichtspunkte zu begründen.“

d) In Absatz 13 wird folgender neuer Satz 2 angefügt:

„Mutterschutzfristen sowie die Inanspruchnahme von Elternzeit sind zu berücksichtigen.“

9.) § 11 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Ziff. 3 wird das Wort „schriftliche“ gestrichen.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Sätze 4 und 5 erhalten folgende Fassung:

„Der Krankheit der oder des Studierenden steht die Krankheit eines von ihr oder ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich. Dies gilt ebenfalls im Falle der Krankheit einer oder eines nach ärztlichen Zeugnis pflegebedürftigen nahen Angehörigen der oder des Studierenden, wenn die oder der Studierende amtlich, d. h. durch eine offizielle Stelle nachweist, dass sie oder er mit der Pflege des nahen Angehörigen betraut ist.“

bb) Die bisherigen Sätze 4 bis 8 werden Sätze 6 bis 10.

c) Absatz 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„In besonders schweren Fällen – insbesondere bei Plagiaten – kann der Prüfungsausschuss zusätzlich das endgültige Nichtbestehen der Prüfung und damit das Scheitern in dem Studiengang feststellen.“

10.) In § 12 Absatz 6 Satz 1 werden am Ende der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Halbsätze angefügt:

„es sei denn, in den Besonderen Teilen ist für konkret zu bezeichnende Prüfungen bestimmt, dass mit „nicht ausreichend“ bewertete Prüfungsleistungen durch besser bewertete Prüfungsleistungen ausgeglichen werden.“

11.) § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird folgender neuer Satz 2 angefügt:

„In den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung kann geregelt werden, dass in maximal drei Fällen Prüfungsleistungen in Wahl- oder Wahlpflichtfächern, die im ersten Versuch nicht bestanden wurden, nicht wiederholt werden müssen.“

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 wird nach dem Wort „Wiederholungsprüfung“ folgender Halbsatz ergänzt: „die ausreichend oder nicht ausreichend lautet,“.

bb) Satz 4 wird gestrichen.

cc) Der bisherige Satz 5 wird Satz 4, wobei der Verweis „§ 11 Abs. 4“ ersetzt wird durch den Verweis „§ 11 Abs. 2 oder Abs. 4“.

c) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Für Wiederholungsprüfungen ist eine Anmeldung nicht erforderlich. Wiederholungsprüfungen sind im Rahmen des nächsten Prüfungstermins (§ 4 Abs. 2 Satz 1) abzulegen. Ein Rücktritt entsprechend § 11 Abs. 1 S. 1 ist nicht zulässig. Auf Antrag des Prüflings kann der Prüfungsausschuss Ausnahmen von Satz 2 zulassen. Im

besonderen Teil der Prüfungsordnung können ergänzende Regelungen getroffen werden.“

d) In Absatz 6 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Studierende sind verpflichtet, bei der Anmeldung der Prüfung auf bereits unternommene Versuche hinzuweisen, bei einem Unterlassen gilt die erneute Prüfungsleistung entsprechend § 11 Abs. 4 S. 1 als mit „nicht ausreichend“ bewertet.“

e) In Absatz 7 wird im Klammerzusatz die Abkürzung „LN“ gestrichen.

12.) In § 14 Abs. 7 werden nach dem Wort „Exemplaren“ die Wörter „und zusätzlich in elektronischer Form“ ergänzt.

13.) § 17 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Gesamtnote der Bachelor- oder Masterprüfung errechnet sich aus dem Durchschnitt der nach Leistungspunkten gewichteten Noten für die Prüfungen einschließlich der Bachelor- oder Masterarbeit; § 12 Abs. 4 und 6 gilt entsprechend. Sofern innerhalb eines Moduls mehr Leistungspunkte erworben wurden als nach der Prüfungsordnung vorgegeben, geht in die Berechnung der Gesamtnote nur die der Prüfungsordnung entsprechende Punktzahl ein. In den Besonderen Teilen der Ordnung kann geregelt werden, dass bei der Berechnung der Gesamtnote die Noten bestimmter Prüfungen besonders gewichtet oder auf Antrag nicht berücksichtigt werden. Eine Nichtberücksichtigung von Noten kommt dabei nur für Prüfungen im Wahlpflicht- oder Wahlbereich in Betracht und ist begrenzt auf maximal 12 Leistungspunkte im Rahmen des Bachelor- und 10 LP im Rahmen des Masterstudiums. Eine teilweise Nichtberücksichtigung von Leistungspunkten einer Prüfung ist dabei nicht zulässig. In den Besonderen Teilen der Ordnung kann geregelt werden, dass bei insgesamt hervorragenden Prüfungsleistungen das Prädikat „mit Auszeichnung bestanden“ verliehen wird.“

14.) § 18 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Hat der Prüfling die Bachelor- oder Masterprüfung bestanden, so erhält er unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis, in dem insbesondere die Gesamtnote, die abgelegten Prüfungen mit den dazugehörigen Leistungspunkten und Noten sowie das Thema der Abschlussarbeit und deren Note und Leistungspunktzahl aufgeführt werden. Für Zeugnisse mit dem Abschlussdatum ab dem 1. April 2009 ist das Zeugnis entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Muster zu erstellen. Gleiches gilt für die ggf. in englischer Sprache zu fertigenden Zeugnisse. Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die Voraussetzungen für das Bestehen der Prüfung erfüllt waren. Zusammen mit dem Zeugnis wird dem Prüfling eine Bachelor- oder Masterurkunde gemäß dem in Anlage 2 beigefügten Muster mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades beurkundet. Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Das Zeugnis und die Urkunde werden auf Antrag auch in englischer Sprache ausgestellt. Dem Zeugnis wird ein Diploma Supplement in englischer Sprache beigefügt, das eine Beschreibung der durch den jeweiligen Studiengang erworbenen Qualifikationen enthält.“

15.) § 19 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Studierende können über den für die einzelnen Studiengänge vorgesehenen Umfang hinaus Leistungspunkte erwerben, solange die Prüfungs- und Studienleistungen, die zum Abschluss des Studiums erforderlich sind, noch nicht vollständig erbracht wurden. Die oder der Studierende hat vor Anmeldung beim Prüfungsausschuss zu beantragen, dass die Prüfung als Zusatzprüfung gewertet werden soll. Dabei können – sofern entsprechende Kapazität zur Verfügung steht – auch Studienangebote aus anderen Bachelor- oder Masterstudiengängen genutzt werden. Studierende aus Bachelorstudiengängen können in diesem Zusammenhang maximal 35 Leistungspunkte aus Masterstudiengängen erwerben. In den Besonderen Prüfungsordnungen kann geregelt werden, dass in maximal drei Fällen Prüfungsleistungen in Wahl- und Wahlpflichtbereichen, die bestanden wurden, durch Zusatzprüfungen ersetzt werden können.“

16.) § 22 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Paragraph wird Absatz 1.

b) Es wird folgender neuer Absatz 2 angefügt:

„(2) Unabhängig von Absatz 1 wird der Termin zur Einsicht in die bewerteten Klausurarbeiten in der Regel von den Prüfenden bekanntgegeben.“

17.) Es wird die anhängende neue Anlage 1 angefügt.

18.) Es wird die anhängende neue Anlage 2 angefügt.

II

Diese Änderung tritt nach ihrer Genehmigung durch das Präsidium der Technischen Universität Braunschweig am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Allgemeiner Teil der Prüfungsordnung

**für die Bachelor- und Masterstudiengänge an der Technischen Universität Braunschweig
vom 21.10.2005 i. d. F. vom 28.04.2009**

Auf Vorschlag des Senats haben die Fakultätsräte der Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät, der Fakultät für Lebenswissenschaften, der Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Umweltwissenschaften, der Fakultät für Maschinenbau, der Fakultät für Elektrotechnik, Informationstechnik, Physik sowie der Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften die folgende gemeinsame Prüfungsordnung beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Prüfungsordnung ist der Allgemeine Teil der Prüfungsordnung für alle Bachelor- und Masterstudiengänge der Technischen Universität Braunschweig.

(2) In gesonderten Ordnungen regeln die einzelnen Fakultäten für die jeweiligen Studiengänge die fachspezifischen Bestimmungen und Abweichungen vom Allgemeinen Teil der Prüfungsordnung; insofern haben die Regelungen in der gesonderten Ordnung Vorrang gegenüber den Bestimmungen im Allgemeinen Teil. Die gesonderten Ordnungen gelten als Besondere Teile dieser Prüfungsordnung und betreffen in erster Linie

- den zu verleihenden Hochschulgrad,
- den Inhalt der Urkunden und der Zeugnisse (einschl. eines Diploma Supplement),
- die Gliederung des Studiums und die Regelstudienzeit,
- die Beschreibung der Module (einschl. evtl. Praktika) sowie der ihnen zugeordneten Prüfungsleistungen (einschl. der Prüfungsinhalte) sowie die Angabe der ihnen zugeordneten Leistungspunkte
- die Voraussetzungen für die Zulassung zu den Prüfungen und zu der Abschlussarbeit
- die Dauer der Abschlussarbeit und
- die Größe und Zusammensetzung des Prüfungsausschusses bei fachübergreifend zusammengesetzten Prüfungsausschüssen.

§ 2

Ziel des Studiums und Zweck der Prüfungen

(1) Im Rahmen des Bachelorstudiums sollen die Studierenden die grundlegenden fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Methoden erlernen, die zu einem qualifizierten und verantwortlichen Handeln in der Berufspraxis befähigen und die es ihnen ermöglichen, ein wissenschaftlich weiterführendes Studium anzuschließen, das den Regelabschluss eines konsekutiven Studiengangs darstellt. In den Prüfungen wird festgestellt, ob diese Kompetenzen und Fähigkeiten erworben wurden.

(2) Im Masterstudium sollen die Studierenden vertiefte und/oder erweiterte gründliche Fachkenntnisse, Fähigkeiten und Methoden erwerben. Durch die Prüfungen wird festgestellt, ob der Prüfling die für den Abschluss des Studiums notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat, die fachlichen Zusammenhänge überblickt und die Fähigkeit besitzt, wissenschaftlich zu arbeiten und wissenschaftliche Erkenntnisse anzuwenden und bestehende Erkenntnisgrenzen in Theorie und Anwendung mit neuen methodischen Ansätzen zu erweitern.

§ 3

Modularisierung, Leistungspunkte

(1) Das Bachelor- oder Masterstudium gliedert sich in thematisch zusammenhängende Module (einschließlich der Bachelor- oder Masterarbeit). Module bestehen i. d. R. aus zwei bis fünf aufeinander aufbauenden oder aufeinander verweisenden oder inhaltlich zusammenhängenden Veranstaltungen (z. B. Einführungs-, Vertiefungs- und Anwendungsveranstaltung), die gemeinsam eine bestimmte Kompetenz vermitteln. Den Modulen sind eine oder mehrere Prüfungen und/oder Studienleistungen gemäß § 9 Abs. 1 zugeordnet. Die Prüfungsinhalte beziehen sich auf die in den Veranstaltungen des Moduls zu vermittelnden Kenntnisse und Kompetenzen.

(2) Für erfolgreich absolvierte Prüfungen und Studienleistungen werden Leistungspunkte nach dem ECTS (European Credit Transfer System) vergeben. Die Anzahl der Leistungspunkte (LP) ist ein Maß für die mit einem einzelnen Modul verbundene Arbeitsbelastung. Zu Grunde gelegt werden die Arbeitsstunden, die durchschnittlich von Studierenden in Bezug auf das entsprechende Modul für Anwesenheit, Vor- und Nachbereitung sowie Fertigung der Prüfungsleistungen aufzuwenden sind. Die Vergabe der Leistungspunkte setzt voraus, dass die Studierenden die dem Modul zugeordneten Prüfungen und/oder Studienleistungen erfolgreich absolviert haben.

(3) Ein Leistungspunkt entspricht einem zeitlichen Aufwand von 30 Arbeitsstunden. Ausgegangen wird von 1.800 Arbeitsstunden im Jahr bzw. 60 Leistungspunkten in einem Studienjahr, d. h. von 30 Leistungspunkten pro Semester. Das Studienangebot ist so zu organisieren, dass die Studierenden i. d. R. 30 Leistungspunkte pro Semester erwerben können.

(4) Soweit in geeigneten Studiengängen ein Teilzeitstudium zugelassen ist, ist das Studienangebot so zu organisieren, dass in der Regel die Hälfte der in der Prüfungsordnung vorgesehenen Leistungspunkte pro Semester erworben werden kann.

§ 4

Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und zur Wahrnehmung der durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird jeweils aus Mitgliedern einer Fakultät ein Prüfungsausschuss gebildet, der nach den Vorgaben der Fakultät für einen oder mehrere Studiengänge zuständig ist. Einem Prüfungsausschuss gehören jeweils drei Mitglieder der Professorengruppe und je ein Mitglied der Mitarbeiter- und der Studierendengruppe an, die, wie deren ständige Vertretungen, von den jeweiligen Gruppenvertretungen im Fakultätsrat gewählt werden. Die oder der Vorsitzende und ihre oder seine Stellvertretung müssen der Hochschullehrergruppe angehören. Sofern mehrere Fakultäten für einen Studiengang verantwortlich sind, können in den besonderen Teilen der Prüfungsordnung von Satz 1 und 2 abweichende Regelungen getroffen werden.

(2) Der Prüfungsausschuss stellt die Durchführung der Prüfungen sicher und sorgt dafür, dass für die einem Studiengang zugeordneten (Teil-)Prüfungen mindestens zweimal pro Jahr, in der Regel einmal pro Semester, Prüfungstermine festgelegt werden. Satz 1 gilt nicht für Prüfungen, die zwingend im Zusammenhang mit einer Lehrveranstaltung zu absolvieren sind; entsprechende Lehrangebote sollen mindestens einmal pro Jahr vorgehalten werden. Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) und dieser Prüfungsordnung mit dem jeweils dazugehörenden Besonderen Teil eingehalten werden. Er berichtet der Fakultät über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten sowie über die Notenverteilung. Der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle führt die Prüfungsakte.

(3) Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Das studentische Mitglied hat bei der Bewertung und Anrechnung von Prüfungs- und Studienleistungen nur beratende Stimme. Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter die oder der Vorsitzende oder die oder der stellvertretende Vorsitzende und ein weiteres Mitglied der Hochschullehrergruppe anwesend ist.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitgliedes ein Jahr.

(5) Der Prüfungsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung. Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses wird eine Niederschrift geführt, in der die wesentlichen Gegenstände der Erörterung und die Beschlüsse des Prüfungsausschusses festzuhalten sind.

(6) Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz übertragen. Die oder der Vorsitzende bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor und führt sie aus. Sie oder er berichtet dem Prüfungsausschuss über diese Tätigkeit.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei Prüfungen, einschließlich bei Beratung der Note, anwesend zu sein.

(8) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Der Prüfungsausschuss kann jedoch Beraterinnen und Berater hinzuziehen und Betroffene anhören. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertretungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Diese Verschwiegenheitsverpflichtung ist aktenkundig zu machen.

§ 5

Prüfende und Beisitzerinnen und Beisitzer

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und bei mündlichen Prüfungen auch die Beisitzerinnen und Beisitzer. Die Bestellung der Beisitzerinnen und Beisitzer kann der Prüfungsausschuss auf die Prüfenden delegieren. Zur Abnahme von Prüfungen werden Mitglieder und Angehörige dieser Hochschule oder einer anderen Hochschule bestellt, die in dem betreffenden Prüfungsfach oder in einem Teilgebiet des Prüfungsfaches zur selbständigen Lehre berechtigt sind. Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie in der beruflichen Praxis oder in der Lehre erfahrene Personen können in geeigneten Prüfungsgebieten zur Abnahme von Prüfungen bestellt werden. Zu Prüfenden sowie Beisitz-

zerinnen und Beisitzern dürfen nur Personen bestellt werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.

(2) Studierende können für die Abnahme von Prüfungen Prüfende vorschlagen. Der Vorschlag begründet keinen Anspruch. Ihm soll aber entsprochen werden, soweit ihm nicht wichtige Gründe, insbesondere eine unzumutbare Belastung der Prüfenden, entgegenstehen.

(3) Der Prüfungsausschuss stellt sicher, dass den Studierenden die Namen der Prüfenden rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor dem Termin der jeweiligen Prüfung, bekannt gegeben werden.

(4) Soweit studienbegleitende Prüfungsleistungen zu erbringen sind, die sich auf den Inhalt einer Lehrveranstaltung beziehen bzw. die im Rahmen einer Lehrveranstaltung zu erbringen sind, gilt die oder der für die Lehrveranstaltung Verantwortliche als bestellte Prüferin oder als bestellter Prüfer.

(5) Die Prüfenden und die Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 6

Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen einschließlich berufspraktischer Tätigkeiten und Prüfungsleistungen, die in dem gleichen Bachelor- oder Masterstudiengang an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, werden ohne Gleichwertigkeitsfeststellung anerkannt. Im Übrigen erfolgt eine Anrechnung, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt wird. Die Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen einschließlich berufspraktischer Tätigkeiten und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des Studienganges, für den die Anrechnung beantragt wird, im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung im Hinblick auf die Bedeutung der Leistungen für den Zweck der Prüfungen nach § 2 vorzunehmen. Für die Feststellung der Gleichwertigkeit eines ausländischen Studienganges sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen oder andere zwischenstaatliche Vereinbarungen maßgebend. Soweit Vereinbarungen nicht vorliegen oder eine weitergehende Anrechnung beantragt wird, entscheidet der Prüfungsausschuss über die Gleichwertigkeit. Zur Aufklärung der Sach- und Rechtslage kann eine Stellungnahme der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen eingeholt werden. Abweichende Anrechnungsbestimmungen auf Grund von Vereinbarungen mit ausländischen Hochschulen bleiben unberührt.

(2) Die Anerkennung einer Abschluss- oder sonstigen Prüfungsleistung als Bachelor- oder Masterarbeit ist nicht zulässig. Abweichende Anrechnungsbestimmungen auf Grund von Vereinbarungen mit ausländischen Hochschulen bleiben unberührt. In einem konsekutiven Masterstudiengang können Studien- und Prüfungsleistungen nicht anerkannt werden, die notwendig waren, um den vorangegangenen Bachelorstudiengang abzuschließen; Zusatzprüfungen gem. § 19 können auf Antrag unter den Voraussetzungen von Absatz 1 S. 2 und 3 bis zu einem Umfang von max. 35 LP anerkannt werden.

(3) Für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien gelten Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, werden die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - und die Leistungspunkte übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

(5) Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach den Absätzen 1 und 3 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Über die Anrechnung entscheidet auf Antrag der oder des Studierenden der Prüfungsausschuss.

§ 7

Meldung und Zulassung zu Prüfungen

(1) Zu den einzelnen Prüfungen sowie zur Bachelor- oder Masterarbeit wird zugelassen, wer

1. in dem Semester, in dem sie oder er sich zur Prüfung meldet, in dem entsprechenden Studiengang bzw – sofern entsprechende Kapazität vorhanden ist – in einem anderen Studiengang an der Technischen Universität Braunschweig eingeschrieben ist und
2. die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt, die in den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung geregelt sind.

(2) Soweit in den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung keine anderen Regelungen enthalten sind, gilt für die Meldung und Zulassung folgendes Verfahren:

1. Die Zulassung zu den einzelnen Prüfungen ist durch schriftliche Anmeldung beim Prüfungsausschuss oder den von ihm beauftragten Stellen innerhalb der vorgegebenen Frist zu beantragen. Falls bereits in dem gleichen Studiengang an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule Prüfungsleistungen nicht bestanden wurden, der entsprechende Prüfungsanspruch erloschen ist oder das Prüfungsverfahren nicht ordnungsgemäß abgeschlossen wurde, ist dieses bei der Meldung zur ersten Prüfung dem Prüfungsausschuss mitzuteilen.
2. Zu einer Prüfung gilt als zugelassen, wer sich zu dieser Prüfung unter Beifügung der ggf. vorgeschriebenen Nachweise innerhalb der gesetzten Frist angemeldet hat. Eine Mitteilung ergeht nur, wenn die Zulassung zu versagen ist.
3. Fristen, die für die Anmeldung zu den Prüfungen gesetzt sind, können beim Vorliegen triftiger Gründe vom Prüfungsausschuss verlängert oder rückwirkend verlängert werden, insbesondere wenn es unbillig wäre, die durch den Fristablauf eingetretene Rechtsfolge bestehen zu lassen.
4. Der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle stellt die Zulassung bzw. Nichtzulassung zur Prüfung fest. Der Prüfungsausschuss regelt, in welcher Form und an welchen Stellen die Bekanntgabe der Prüfungstermine und Anmeldezeiträume sowie die Mitteilung über die Versagung einer Zulassung und die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse erfolgt.

(3) Die Zulassung zur Prüfung ist zu versagen, wenn:

- a. die Voraussetzungen nach Absatz 1 nicht erfüllt sind,
- b. die Unterlagen unvollständig sind,

- c. in dem gleichen Studiengang in der Bundesrepublik Deutschland die Bachelor- oder Masterprüfung endgültig nicht bestanden oder das Prüfungsverfahren nicht ordnungsgemäß abgeschlossen wurde oder ein Prüfungsanspruch nicht mehr besteht,
- d. nach den ersten beiden Semestern nicht mindestens 30 Leistungspunkte erworben wurden, es sei denn, der Prüfungsausschuss hat auf Antrag gestattet, dass der Nachweis der 30 erreichten Leistungspunkte zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt wird. Den Studierenden, die nach den ersten beiden Semestern nicht mindestens 30 Leistungspunkte erworben haben, ist das Angebot eines Beratungsgesprächs zu machen. In den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung kann die in den ersten beiden Semestern mindestens zu erwerbende Anzahl der Leistungspunkte auf 20 festgelegt werden. In diesem Fall haben die Studierenden mit 20 bis 29 Leistungspunkten – sofern der Prüfungsausschuss keine anderweitigen Vorgaben beschließt – an einem Beratungsgespräch teilzunehmen und 30 Leistungspunkte spätestens nach dem 3. Semester nachzuweisen. Den Studierenden, die nach den ersten beiden Semestern nicht mindestens 20 Leistungspunkte erworben haben, ist das Angebot eines Beratungsgesprächs zu machen. § 9 Abs. 12 und 13 sowie § 11 Abs.3 gelten entsprechend.

Im Fall des Buchstaben c. und sofern nicht die erforderlichen Leistungspunkte gem. Buchstabe d erworben wurden, hat der Prüfungsausschuss das endgültige Scheitern in dem betreffenden Studiengang festzustellen und gem. § 19 Abs. 5 S. 2 Nr. 2 b NHG die Exmatrikulation zu veranlassen.

(4) Werden mehrere Studiengänge parallel absolviert, so gelten die Vorgaben von Absatz 3 Buchstabe d nicht für Prüfungsverfahren in dem weiteren Studiengang, wenn zuvor bzw. zeitgleich die erforderlichen Leistungspunkte gemäß Absatz 3 Buchst. d. in einem anderen Studiengang erworben wurden.

§ 8

Beratungsgespräche, Mentorensystem

In den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung kann vorgesehen werden, dass Studierende an einem oder mehreren obligatorischen Beratungsgesprächen teilzunehmen haben. Den Studierenden können auch einzelne Mentorinnen und Mentoren zugeordnet werden.

§ 9

Aufbau der Prüfungen, Arten der Prüfungsleistungen

(1) Die Bachelor- oder Masterprüfung besteht jeweils aus den Prüfungen und der Abschlussarbeit. Prüfungen setzen sich aus einer oder mehreren Prüfungsleistungen in einem Prüfungsfach oder einem fächerübergreifenden Prüfungsgebiet zusammen. Die Prüfungen finden studienbegleitend statt. Soweit die Aufgabenstellung dies erfordert, werden die Studierenden während der Bearbeitungszeit betreut. Prüfungen können u. a. durch folgende Arten von Prüfungsleistungen abgelegt werden:

1. Klausur (Absatz 3),
2. mündliche Prüfung (Absatz 4),
3. Hausarbeit (Absatz 5),
4. Entwurf (Absatz 6),
5. Referat (Absatz 7)

6. Erstellung und Dokumentation von Rechnerprogrammen (Absatz 8),
7. experimentelle Arbeit (Absatz 9).

In den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung können weitere Arten von Prüfungsleistungen vorgesehen werden, soweit die unterschiedlichen Fachkulturen dieses erfordern, insbesondere um in adäquater Form den Erwerb der den einzelnen Modulen zugeordneten Kompetenzen und Fertigkeiten überprüfen zu können. Soweit im Rahmen eines Studiums neben Prüfungen auch Studienleistungen (Leistungsnachweise) gefordert werden, ist dieses ebenfalls in den Besonderen Teilen zu regeln. Studienleistungen sind im Gegensatz zu Prüfungsleistungen uneingeschränkt wiederholbar; im Übrigen gelten Sätze 2 bis 6 entsprechend. Nach Maßgabe der besonderen Prüfungsordnungen dürfen in Bachelorstudiengängen max. 70 Leistungspunkte und in Masterstudiengängen max. 40 Leistungspunkte durch Studienleistungen erworben werden.

(2) In den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung sind die den einzelnen Modulen zugeordneten Prüfungen (und ggf. Studienleistungen) sowie deren Art und Umfang sowie die Prüfungsinhalte und Prüfungsgegenstände aufgeführt. Sofern darin vorgesehen ist, dass nach Wahl der Prüferin oder des Prüfers unterschiedliche Prüfungs- und/oder Studienleistungen zu erbringen sind, ist den Studierenden spätestens zu Beginn des Semesters Art und Umfang der Prüfungs- bzw. Studienleistung mitzuteilen. Geeignete Arten von Prüfungsleistungen können in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden. Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Prüflings muss die an die Prüfungsleistung zu stellenden Anforderungen erfüllen sowie als individuelle Leistung auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein.

(3) In einer Klausur soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit, mit begrenzten Hilfsmitteln und unter Aufsicht mit den geläufigen Methoden des Faches ein Problem erkennen und Wege zu einer Lösung finden kann. Näheres, insbesondere zur Bearbeitungszeit, ist in den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung geregelt.

(4) Die mündliche Prüfung findet – nach Vorgabe der Fächer bzw. der Prüfenden – i. d. R. vor zwei Prüfenden (Kollegialprüfung) oder einer oder einem Prüfenden und einer sachkundigen Beisitzerin oder einem sachkundigen Beisitzer als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung für bis zu fünf Studierende gleichzeitig statt. Die Beisitzerin oder der Beisitzer ist vor der Notenfestsetzung zu hören. Die wesentlichen Gegenstände der Prüfung, die Bewertung der Prüfungsleistung und die tragenden Erwägungen der Bewertungsentscheidung sind in einem Protokoll festzuhalten. Es ist von den Prüfenden oder der oder dem Prüfenden und der Beisitzerin oder dem Beisitzer zu unterschreiben. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. Die letzte Wiederholungsprüfung, deren Nichtbestehen das endgültige Scheitern und damit die Beendigung des Studiums zur Folge hätte, wird abweichend von Satz 1 stets von zwei Prüfenden abgenommen.

(5) Eine Hausarbeit ist eine selbständige schriftliche Bearbeitung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung. Im Einzelfall kann auf begründeten Antrag des Prüflings die Bearbeitungszeit ausnahmsweise um bis zu einem Viertel der Zeit verlängert werden. In geeigneten Fällen können die erarbeiteten Lösungen in einer für die berufliche Tätigkeit typischen Weise mündlich erläutert werden. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) Ein Entwurf umfasst die Bearbeitung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung in konzeptioneller und konstruktiver Hinsicht unter besonderer Berücksichtigung plane-

rischer Aspekte. Absatz 5 Sätze 2 bis 4 gilt entsprechend. Der architektonische Entwurf beinhaltet auch das Erfassen und die analytische Klärung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabe der Architektur ebenso wie die darauf aufbauende Darstellung einer adäquaten Lösung. Zur Entwurfsaufgabe kann gehören, die Ergebnisse der Arbeit in einer Präsentation darzustellen und in einer Diskussion zu begründen. Näheres, insbesondere hinsichtlich Art, Umfang, Bearbeitungszeit des architektonischen Entwurfes ist im entsprechenden Besonderen Teil der Prüfungsordnung geregelt.

(7) Ein Referat umfasst:

1. eine eigenständige – i. d. R. schriftliche – Auseinandersetzung mit einem Problem unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur,
2. die Darstellung und die Vermittlung der Ergebnisse im mündlichen Vortrag sowie in einer anschließenden Diskussion.

Absatz 5 Sätze 2 bis 4 gilt entsprechend.

(8) Die Erstellung und Dokumentation von Rechnerprogrammen umfasst in der Regel

1. die Beschreibung der Aufgabe und ihrer Abgrenzung,
2. die Erarbeitung theoretischer Voraussetzungen für die Bearbeitung der Aufgabe, insbesondere die Auswahl der geeigneten Methoden unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur,
3. die Formulierung der verwendeten Algorithmen in einer geeigneten Programmiersprache,
4. das Testen des Programms mit mehreren exemplarischen Datensätzen und das Überprüfen der Ergebnisse auf ihre Richtigkeit,
5. die Programmdokumentation insbesondere mit Angabe der verwendeten Methoden, des Ablaufplans, des Programmprotokolls (Quellenprogramm) und des Ergebnisprotokolls.

Absatz 5 Sätze 2 bis 4 gilt entsprechend.

(9) Eine experimentelle Arbeit umfasst die theoretische Vorbereitung, den Aufbau und die Durchführung eines Experiments sowie die schriftliche Darstellung der Arbeitsschritte, des Versuchsablaufs und der Ergebnisse des Experiments und deren kritische Würdigung. Absatz 5 Sätze 2 bis 4 gilt entsprechend.

(10) Als schriftliche Leistung darf nur eine Originalarbeit vorgelegt werden, d. h. eine selbst verfasste Arbeit, die noch nicht in einer anderen Prüfung vorgelegen hat. Zusammen mit der schriftlichen Leistung hat die oder der Studierende eine schriftliche Versicherung darüber einzureichen, dass die schriftliche Leistung (bei einer Gruppenarbeit der entsprechend gekennzeichnete Anteil) selbstständig verfasst, noch nicht im Rahmen anderen Prüfungen vorgelegt wurde und keine anderen als die genehmigten oder angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden. Die schriftliche Leistung ist in deutscher Sprache oder in Absprache mit der Prüferin oder dem Prüfer in Englisch oder einer anderen Sprache abzufassen. Die Aufgabe für die Prüfungsleistung wird von den Prüfenden festgelegt. Können sich diese nicht einigen, legt der Prüfungsausschuss die Aufgabe fest. Dem Prüfling kann Gelegenheit gegeben werden, für die Aufgabe Vorschläge zu machen.

Die Prüferin oder der Prüfer hat die Bewertung schriftlicher Arbeiten (einschließlich der Abschlussarbeiten) schriftlich unter Hinweis auf die für das Ergebnis ausschlaggebenden Gesichtspunkte zu begründen.

(11) Der Prüfungsausschuss legt zu Beginn eines jeden Semesters die Zeitpunkte für die Abnahme der mündlichen Prüfungen und Klausuren sowie die Aus- und Abgabezeitpunkte für die übrigen termingebundenen Prüfungsleistungen fest. Der Prüfungsausschuss informiert die Studierenden rechtzeitig über Art und Anzahl der zu erbringenden Leistungen und über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind. Er kann Aufgaben nach Satz 1 und 2 auf die Prüfenden übertragen.

(12) Macht der Prüfling glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form abzulegen, ist ihm durch den Prüfungsausschuss zu ermöglichen, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden.

(13) Studierenden, die sich in einer besonderen sozialen Situation (z. B. Schwangerschaft, Erziehung von Kindern oder Pflege von Angehörigen) befinden, kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss eine Abweichung von dem zeitlich festgelegten Ablauf der Bachelor- oder Masterprüfung gewährt werden. Mutterschutzfristen sowie die Inanspruchnahme von Elternzeit sind zu berücksichtigen.

§ 10

Öffentlichkeit von mündlichen Prüfungen

Studierende, die sich demnächst der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörerinnen oder Zuhörer bei mündlichen Prüfungen (§ 9 Abs. 4) zuzulassen. Auf Antrag der oder des Kandidaten kann auch die Gleichstellungsbeauftragte an den Prüfungen als Zuhörerin teilnehmen. Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den Prüfling. Auf Antrag eines Prüflings sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 1 auszuschließen. Anträge nach Sätzen 2 und 4 sind an den oder die Prüfenden zu richten.

§ 11

Rücktritt, Versäumnis, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Studierende können ihre Meldung zur Prüfung ohne Angabe von Gründen bis eine Woche vor Ausgabe des Themas bzw. der Aufgabenstellung zurücknehmen. Die Rücknahme ist der Stelle gegenüber schriftlich zu erklären, die für die Anmeldung zuständig war.

(2) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn der Prüfling ohne triftige Gründe

1. zu einem Prüfungstermin nicht erscheint,
2. nach Beginn der Prüfung bzw. nach dem für eine Rücknahme zulässigen Zeitraum von der Prüfung zurücktritt,
3. eine Prüfungsleistung gemäß § 9 oder die Abschlussarbeit nicht innerhalb der vorgeschriebenen Bearbeitungszeit erbringt oder

4. die Wiederholungsprüfung nicht zu dem gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 vorgesehenen Termin ablegt.

(3) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss oder den von ihm beauftragten Stellen unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden; andernfalls gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Eine Exmatrikulation und eine Beurlaubung als solche sind keine triftigen Gründe. Bei Krankheit ist ein ärztliches Attest – oder im Einzelfall, insbesondere bei wiederholter Krankmeldung auf Verlangen des Prüfungsausschusses ein amtsärztliches Attest – vorzulegen. Der Krankheit der oder des Studierenden steht die Krankheit eines von ihr oder ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich. Dies gilt ebenfalls im Falle der Krankheit einer oder eines nach ärztlichen Zeugnis pflegebedürftigen nahen Angehörigen der oder des Studierenden, wenn die oder der Studierende amtlich, d. h. durch eine offizielle Stelle nachweist, dass sie oder er mit der Pflege des nahen Angehörigen betraut ist. Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin, in der Regel der nächste reguläre Prüfungstermin, anberaumt. Konnte bei einer Prüfungsleistung der Abgabetermin aus triftigen Gründen nicht eingehalten werden, so kann der Abgabetermin hinausgeschoben werden. Wegen nachgewiesener Erkrankung kann der Abgabetermin – sofern in den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung keine kürzeren Fristen bestimmt werden – in der Regel um bis zu 6 Wochen verschoben werden. Danach ist bei längerer Krankheit i. d. R. ein neues Thema zu stellen.

(4) Versucht der Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. In besonders schweren Fällen – insbesondere bei Plagiaten – kann der Prüfungsausschuss zusätzlich das endgültige Nichtbestehen der Prüfung und damit das Scheitern in dem Studiengang feststellen. Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der oder dem jeweils Prüfenden oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfung als mit „nicht ausreichend“ bzw. „nicht bestanden“ bewertet. Der Prüfling kann innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidungen nach Satz 1 bis 3 verlangen, dass die Entscheidung durch den Prüfungsausschuss überprüft wird.

§ 12

Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Note

(1) Die einzelne Prüfungsleistung wird von der oder dem jeweils Prüfenden oder, wenn die Prüfungsleistung von zwei Prüfenden zu bewerten ist, von beiden Prüfenden benotet. Die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungsleistungen sind in der Regel spätestens vier Wochen nach Abgabe der jeweiligen Prüfungsleistung bekannt zu geben.

(2) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1	=	sehr gut	=	eine besonders hervorragende Leistung,
2	=	gut	=	eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
3	=	befriedigend	=	eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht,

- 4 = ausreichend = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Mindestanforderungen entspricht,
- 5 = nicht ausreichend = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht genügt.

Im Zeugnis dürfen, sofern die Besonderen Teile der Prüfungsordnung nichts anderes vorgeben, nur diese Noten verwendet werden. Die Notenziffern können jedoch zur differenzierten Bewertung um 0,3 erhöht oder erniedrigt werden und sind in dieser Form zur Berechnung der Gesamtnote heranzuziehen. Die Noten 0,7; 4,3; 4,7; 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

Studienleistungen können nach Satz 1 benotet oder mit bestanden/nicht bestanden bewertet werden. Bei der Berechnung der Gesamtnote werden die Noten für Studienleistungen nicht berücksichtigt.

(3) Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurde. Wird die Prüfungsleistung von zwei Prüfenden bewertet, ist sie bestanden, wenn beide die Leistung mit mindestens „ausreichend“ bewerten. In diesem Fall errechnet sich die Note der bestandenen Prüfungsleistung aus dem Durchschnitt der von den Prüfenden festgesetzten Einzelnoten. Die Begründung der Bewertungsentscheidung mit den sie tragenden Erwägungen ist, soweit sie nicht zugleich mit der Bewertung erfolgt, auf Antrag der oder des Studierenden schriftlich mitzuteilen. Die Begründung ist mit der Prüfungsarbeit zu der Prüfungsakte zu nehmen.

(4) Bei der Bildung der Note gemäß Absatz 3 Satz 3 wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

Die Note lautet:

bei einem Durchschnitt	bis		einschl. 1,5 „sehr gut“,
bei einem Durchschnitt	von	1,6	bis einschl. 2,5 „gut“,
bei einem Durchschnitt	von	2,6	bis einschl. 3,5 „befriedigend“,
bei einem Durchschnitt	von	3,6	bis einschl. 4,0 „ausreichend“,
bei einem Durchschnitt	ab	4,1	„nicht ausreichend“.

(5) Hat ein Prüfling an einer Prüfung teilgenommen, obwohl ihm keine Wiederholungsmöglichkeit mehr zustand, so wird das Ergebnis der Prüfung nicht gewertet. Entsprechendes gilt in der Regel auch, wenn ein Prüfling an einer Prüfung teilgenommen hat, obwohl er nicht zugelassen war.

(6) Eine Prüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistung mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurde. Besteht die Prüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, ist die Prüfung bestanden, wenn jede Prüfungsleistung mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurde, es sei denn, in den Besonderen Teilen ist für konkret zu bezeichnende Prüfungen bestimmt, dass mit „nicht ausreichend“ bewertete Prüfungsleistungen durch besser bewertete Prüfungsleistungen ausgeglichen werden. Die Note errechnet sich – soweit in den Besonderen Teilen keine anderweitigen Regelungen enthalten sind – aus dem nach Leistungspunkten gewichteten Durchschnitt der Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen. Absatz 4 gilt entsprechend.

§ 13

Wiederholung von Prüfungen

(1) Eine nicht bestandene Prüfungsleistung kann einmal wiederholt werden. Wird die Prüfungsleistung erneut mit „nicht ausreichend“ bewertet oder gilt sie als mit „nicht ausreichend“ bewertet und ist eine Wiederholungsmöglichkeit nach Absatz 2 nicht mehr gegeben, so ist die Bachelor- oder Masterprüfung endgültig nicht bestanden. In den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung kann geregelt werden, dass in maximal drei Fällen Prüfungsleistungen in Wahl- oder Wahlpflichtfächern, die im ersten Versuch nicht bestanden wurden, nicht wiederholt werden müssen.

(2) Eine zweite Wiederholung einer Prüfungsleistung ist – soweit die Besonderen Teile der Prüfungsordnung keine anderweitigen Regelungen enthalten – nur in maximal vier unterschiedlichen Prüfungsleistungen zulässig.

(3) In der letzten Wiederholungsprüfung, deren Nichtbestehen das endgültige Scheitern und damit die Beendigung des Studiums zur Folge hätte, darf für eine schriftliche Prüfungsleistung die Note „nicht ausreichend“ nur nach mündlicher Ergänzungsprüfung getroffen werden. Diese mündliche Ergänzungsprüfung wird von zwei Prüfenden abgenommen; im übrigen gilt § 9 Abs. 4 entsprechend. Die Prüfenden setzen die Note der Wiederholungsprüfung, die „ausreichend“ oder „nicht ausreichend“ lautet, unter angemessener Berücksichtigung der schriftlichen Leistung und des Ergebnisses der mündlichen Ergänzungsprüfung fest. Die mündliche Ergänzungsprüfung ist ausgeschlossen, wenn die schriftliche Prüfungsleistung gemäß § 11 Abs. 2 oder Abs. 4 als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt.

(4) Für Wiederholungsprüfungen ist eine Anmeldung nicht erforderlich. Wiederholungsprüfungen sind im Rahmen des nächsten Prüfungstermins (§ 4 Abs. 2 Satz 1) abzulegen. Ein Rücktritt entsprechend § 11 Abs. 1 S. 1 ist nicht zulässig. Auf Antrag des Prüflings kann der Prüfungsausschuss Ausnahmen von Satz 2 zulassen. Im besonderen Teil der Prüfungsordnung können ergänzende Regelungen getroffen werden.

(5) Die Wiederholung einer bestandenen Prüfungsleistung ist nicht zulässig.

(6) In dem gleichen Studiengang an einer anderen Universität oder gleichgestellten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland erfolglos unternommene Versuche, eine Prüfungsleistung abzulegen, werden auf die Wiederholungsmöglichkeiten nach den Absätzen 1 und 2 angerechnet. Studierende sind verpflichtet, bei der Anmeldung zur Prüfung auf bereits unternommene Versuche hinzuweisen, bei einem Unterlassen gilt die erneute Prüfungsleistung entsprechend § 11 Abs. 4 S.1 als mit „nicht ausreichend“ bewertet.

(7) Die Wiederholungsmöglichkeiten für Studienleistungen (Leistungsnachweise) sind nicht beschränkt.

§ 14

Bachelor-/Masterarbeit

(1) Die Bachelor- oder Masterarbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus der gewählten Fachrichtung selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Thema und Aufgabenstellung der Arbeit müssen dem Prüfungszweck (§ 2)

und der Bearbeitungszeit nach Absatz 5 entsprechen. Die Art der Aufgabe und die Aufgabenstellung müssen mit der Ausgabe des Themas festliegen.

(2) Die Bachelor- oder Masterarbeit kann – wenn es die Fachkultur erlaubt – bei geeigneter Themenstellung in Form einer Gruppenarbeit angefertigt werden. Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Prüflings muss auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein und den Anforderungen nach Absatz 1 entsprechen.

(3) Das Thema der Arbeit kann von den Mitgliedern der Hochschullehrergruppe und den hauptamtlich tätigen Privatdozentinnen und Privatdozenten der für den Studiengang jeweils verantwortlichen Fakultäten vergeben werden. Das Thema kann auch von den im Ruhestand befindlichen Professorinnen und Professoren der Fakultät und mit Zustimmung des Prüfungsausschusses auch von weiteren zur Abnahme von Prüfungen berechtigten Personen gem. § 5 Abs. 1 vergeben werden. Im Fall von Satz 2 muss die oder der Zweitprüfende hauptamtliche Professorin oder hauptamtlicher Professor der Fakultät sein.

(4) Das Thema wird von der oder dem Erstprüfenden festgelegt. Auf Antrag sorgt der Prüfungsausschuss dafür, dass der Prüfling rechtzeitig ein Thema erhält. Die Ausgabe des Themas erfolgt über den Vorsitz des Prüfungsausschusses oder über von ihm beauftragte Stellen; die Ausgabe ist aktenkundig zu machen. Mit der Ausgabe des Themas werden die oder der Prüfende, die oder der das Thema festgelegt hat (Erstprüfende oder Erstprüfender), und die oder der Zweitprüfende bestellt.

(5) Sofern in den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung keine anderen Regelungen enthalten sind, werden für die Bachelorarbeit 12 und für die Masterarbeit 30 Leistungspunkte vergeben, wobei die Bearbeitungszeit drei bzw. sechs Monate beträgt. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit nach Satz 1 zurückgegeben werden. Auf begründeten Antrag kann der Prüfungsausschuss im Einzelfall die Bearbeitungszeit ausnahmsweise um bis zu einem Drittel verlängern. In den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung können die in Satz 1 und Satz 3 genannten Fristen verkürzt werden.

(6) Bei der Abgabe der Arbeit hat der Prüfling schriftlich zu versichern, dass er die Arbeit - bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(7) Die Arbeit ist – in der Regel in zwei gebundenen Exemplaren und zusätzlich in elektronischer Form – fristgemäß bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bzw. den von ihm beauftragten Stellen abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(8) Die Arbeit ist in der Regel innerhalb von vier Wochen nach ihrer Abgabe durch beide Prüfende nach § 12 Abs. 2 bis 4 zu bewerten.

(9) Zur Bachelor- oder Masterarbeit wird nur zugelassen, wer die in den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung festgelegten Voraussetzungen erfüllt und von den zum erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlichen Leistungspunkten mindestens ein Drittel an der Technischen Universität Braunschweig erworben hat. Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss Ausnahmen zulassen.

§ 15 **Kolloquium, Präsentation**

Die Besonderen Teile der Prüfungsordnung können regeln, dass im Zusammenhang mit der Bachelor-/Masterarbeit ein Kolloquium oder eine Präsentation durchzuführen ist. Die näheren Einzelheiten, auch zur Vergabe von Leistungspunkten, sind ebenfalls in den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung zu bestimmen.

§ 16 **Wiederholung der Bachelor-/Masterarbeit**

Die Bachelor- oder Masterarbeit kann, wenn sie mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde oder als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt, einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. Eine Rückgabe des Themas ist bei der Wiederholung der Arbeit nur zulässig, wenn von dieser Möglichkeit nicht schon bei der ersten Arbeit (§ 14 Abs. 5 Satz 2) Gebrauch gemacht wurde. Die Ausgabe des Themas für die Wiederholung der Arbeit muss spätestens drei Monate nach Bekanntgabe des Ergebnisses der ersten Arbeit beantragt werden, sofern nicht auf Grund der Vorgaben in den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung vom Prüfungsausschuss Termine für die Ausgabe des Themas für Wiederholungsarbeiten vorgegeben werden. Wird die Frist nicht eingehalten, so weist der Prüfungsausschuss ein Thema zur Bearbeitung zu.

§ 17 **Ergebnis der Prüfung, Beendigung des Studiums**

(1) Die Bachelor- oder Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche nach den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung erforderlichen Prüfungsleistungen einschließlich der jeweiligen Abschlussarbeit mit mindestens „ausreichend“ bewertet und die ggf. erforderlichen Studienleistungen bestanden wurden und die erforderliche Anzahl von in der Regel 180 bzw. 120 Leistungspunkten erreicht wurde.

(2) Die Gesamtnote der Bachelor- oder Masterprüfung errechnet sich aus dem Durchschnitt der nach Leistungspunkten gewichteten Noten für die Prüfungen einschließlich der Bachelor- oder Masterarbeit; § 12 Abs. 4 und 6 gilt entsprechend. Sofern innerhalb eines Moduls mehr Leistungspunkte erworben wurden als nach der Prüfungsordnung vorgegeben, geht in die Berechnung der Gesamtnote nur die der Prüfungsordnung entsprechende Punktzahl ein. In den Besonderen Teilen der Ordnung kann geregelt werden, dass bei der Berechnung der Gesamtnote die Noten bestimmter Prüfungen besonders gewichtet oder auf Antrag nicht berücksichtigt werden. Eine Nichtberücksichtigung von Noten kommt dabei nur für Prüfungen im Wahlpflicht- oder Wahlbereich in Betracht und ist begrenzt auf maximal 12 Leistungspunkte im Rahmen des Bachelor- und 10 LP im Rahmen des Masterstudiums. Eine teilweise Nichtberücksichtigung von Leistungspunkten einer Prüfung ist dabei nicht zulässig. In den Besonderen Teilen der Ordnung kann geregelt werden, dass bei insgesamt hervorragenden Prüfungsleistungen das Prädikat „mit Auszeichnung bestanden“ verliehen wird.

(3) Das Studium ist endgültig „nicht bestanden“, wenn

- der Prüfungsanspruch nach § 7 Abs. 3 Buchstabe d erloschen ist,
- auf Grund einer schweren Täuschung gem. § 11 Abs. 4 S. 2 das endgültige Scheitern in einem Prüfungsfach festgestellt wurde,

- eine Wiederholungsmöglichkeit für eine nicht bestandene Prüfungsleistung nach § 13 Abs. 1 und 2 nicht mehr besteht oder die Bachelor-/Masterarbeit auch im Wiederholungsfall mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde oder als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt.

§ 18

Zeugnisse und Bescheinigungen

(1) Hat der Prüfling die Bachelor- oder Masterprüfung bestanden, so erhält er unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis, in dem insbesondere die Gesamtnote, die abgelegten Prüfungen mit den dazugehörigen Leistungspunkten und Noten sowie das Thema der Abschlussarbeit und deren Note und Leistungspunktzahl aufgeführt werden. Für Zeugnisse mit dem Abschlussdatum ab dem 1. April 2009 ist das Zeugnis entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Muster zu erstellen. Gleiches gilt für die ggf. in englischer Sprache zu fertigenden Zeugnisse. Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die Voraussetzungen für das Bestehen der Prüfung erfüllt waren. Zusammen mit dem Zeugnis wird dem Prüfling eine Bachelor- oder Masterurkunde gemäß dem in Anlage 2 beigefügten Muster mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades beurkundet. Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Das Zeugnis und die Urkunde werden auf Antrag auch in englischer Sprache ausgestellt. Dem Zeugnis wird ein Diploma Supplement in englischer Sprache beigefügt, das eine Beschreibung der durch den jeweiligen Studiengang erworbenen Qualifikationen enthält.

2. Anlage 1 Muster des Zeugnisses (siehe Anlage)

3. Anlage 2 Muster für eine Bachelor- oder Masterurkunde (siehe Anlage).

(2) Zusätzlich zur Gesamtnote wird im Zeugnis eine ECTS-Note nach folgender relativer Skala aufgeführt:

- „A“: beste 10 %
- „B“: nächste 25 %
- „C“: nächste 30 %
- „D“: nächste 25 %
- „E“: nächste 10 %.

Bezugsgröße sind die erzielten Gesamtnoten der Absolventen der vorangegangenen 4 Semester (ohne das laufende Semester). Die ECTS-Note wird nur aufgeführt, wenn die Gesamtzahl der verglichenen Noten mindestens 30 beträgt. In den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung kann geregelt werden, dass im Zeugnis auch für Einzelnoten eine ECTS-Note anzugeben ist.

(3) Hat ein Prüfling die Bachelor- oder Masterprüfung noch nicht bestanden, so wird ihm auf Antrag gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise und der Exmatrikulationsbescheinigung vom Prüfungsausschuss eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt. Diese Bescheinigung enthält die Angabe der absolvierten Prüfungen mit deren Noten und die erreichten Leistungspunkte, lässt erkennen, dass die Bachelor- oder Masterprüfung noch nicht bestanden ist, und gibt die zum Bestehen der Bachelor- oder Masterprüfung noch fehlenden Leistungspunkte an. Auf Antrag wird zusätzlich eine Bescheinigung ausgestellt, die lediglich die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen ausweist.

(4) Der Bescheid über eine endgültig nicht bestandene Bachelor- oder Masterprüfung wird durch den Prüfungsausschuss in schriftlicher Form erteilt. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Die Bescheinigung gemäß Absatz 3 Satz 1 wird auch ohne Antrag ausgestellt und beige-fügt.

§ 19 Zusatzprüfungen

(1) Studierende können über den für die einzelnen Studiengänge vorgesehenen Umfang hinaus Leistungspunkte erwerben, solange die Prüfungs- und Studienleistungen, die zum Abschluss des Studiums erforderlich sind, noch nicht vollständig erbracht wurden. Die oder der Studierende hat vor Anmeldung beim Prüfungsausschuss zu beantragen, dass die Prüfung als Zusatzprüfung gewertet werden soll. Dabei können – sofern entsprechende Kapazität zur Verfügung steht – auch Studienangebote aus anderen Bachelor- oder Masterstudiengängen genutzt werden. Studierende aus Bachelorstudiengängen können in diesem Zusammenhang maximal 35 Leistungspunkte aus Masterstudiengängen erwerben. In den Besonderen Prüfungsordnungen kann geregelt werden, dass in maximal drei Fällen Prüfungsleistungen in Wahl- und Wahlpflichtbereichen, die bestanden wurden, durch Zusatzprüfungen ersetzt werden können.

(2) Das Ergebnis der Zusatzprüfungen und die erreichte Zahl der Leistungspunkte wird auf Antrag in das Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen.

§ 20 Einstufungsprüfung

(1) Abweichend von den Regelungen zur Zulassung zu den Prüfungen der Bachelor-/Masterprüfung und zu der Abschlussarbeit kann auch zugelassen werden, wer in einer Einstufungsprüfung nachweist, dass er über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt, die in bestimmten Modulen des betreffenden Studienganges vermittelt werden.

(2) Zur Einstufungsprüfung wird nur zugelassen, wer in einem Bewerbungsverfahren

1. die Berechtigung zum Studium in dem entsprechenden Studiengang nachweist,
2. eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine fünfjährige Berufstätigkeit in einem dem Studium in dem gewählten Studiengang förderlichen Beruf nachweist oder über entsprechende anderweitig erworbene praktische Erfahrungen verfügt und
3. den Erwerb der für die Einstufungsprüfung erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten glaubhaft macht.

(3) Zur Einstufungsprüfung wird nicht zugelassen, wer für einen Studiengang dieser Fachrichtung an einer Hochschule eingeschrieben ist oder in den drei vorangegangenen Jahren eingeschrieben war oder wer eine Vorprüfung, Bachelor-/Masterprüfung oder eine entsprechende staatliche oder kirchliche Prüfung, eine Einstufungsprüfung oder Externenprüfung in einem solchen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder zu einer Einstufungsprüfung oder Externenprüfung in einem solchen Studiengang endgültig nicht zugelassen wurde.

(4) Der Antrag auf Ablegung der Einstufungsprüfung ist an den zuständigen Prüfungsausschuss zu richten. Dem Antrag sind beizufügen:

1. eine Erklärung darüber, in welchem Umfang und für welche Module die Anrechnung von Leistungspunkten beantragt wird,
2. die Nachweise nach Absatz 2,
3. eine Darstellung des Bildungsganges und der ausgeübten beruflichen Tätigkeiten,
4. Erklärungen nach Absatz 3.

(5) Über den Antrag entscheidet der Prüfungsausschuss. Ist es der Bewerberin oder dem Bewerber nicht möglich, eine nach Absatz 4 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(6) Ergeben sich Zweifel hinsichtlich der in Absatz 2 Nrn. 2 und 3 genannten Voraussetzungen, so kann der Prüfungsausschuss bestimmen, dass ein Fachgespräch mit der Bewerberin oder dem Bewerber von mindestens 30 Minuten Dauer durchgeführt wird. Der Prüfungsausschuss bestellt hierfür zwei Prüfende, eine der prüfenden Personen muss der Hochschullehrergruppe angehören. Im Übrigen findet § 9 Abs. 4 entsprechende Anwendung. Die beiden Prüfenden stellen fest, ob die Voraussetzungen nach Absatz 2 Nrn. 2 und 3 gegeben sind. Die Bewerberin oder der Bewerber hat nach der Mitteilung des Ergebnisses des Fachgesprächs das Recht, den Antrag zurückzuziehen oder hinsichtlich Absatz 4 Satz 2 Nr. 1 zu ändern.

(7) Über das Ergebnis des Bewerbungsverfahrens wird ein schriftlicher Bescheid erteilt. Zugelassene Personen haben unbeschadet der immatrikulationsrechtlichen Vorschriften das Recht, sich als Gasthörerin oder Gasthörer durch den Besuch von Lehrveranstaltungen über die in den betreffenden Modulen vermittelten Kenntnisse und Kompetenzen zu informieren. Nicht zugelassene Personen können das Bewerbungsverfahren einmal wiederholen. In dem Bescheid nach Satz 1 wird ein Zeitraum festgelegt, innerhalb dessen eine Wiederholung des Bewerbungsverfahrens unzulässig ist. Dieser Zeitraum darf ein Jahr nicht unterschreiten und drei Jahre nicht überschreiten.

(8) Die Art der Prüfungsleistungen und die Prüfungstermine für die Einstufungsprüfung werden vom Prüfungsausschuss festgesetzt. Die Einstufungsprüfung ist hinsichtlich des Verfahrens nach den gleichen Grundsätzen durchzuführen wie die entsprechenden Prüfungen in diesem Studiengang. Die Anforderungen bemessen sich nach den Prüfungsinhalten der den betreffenden Modulen zugeordneten Prüfungsleistungen bzw. richten sich nach den in den Modulen vermittelten Kompetenzen. In geeigneten Fällen können die Prüfungen zusammen mit den Prüfungen für die Studierenden dieses Studienganges abgenommen werden.

(9) Für die Bewertung und die Wiederholung der Prüfungsleistungen für die Einstufungsprüfung gelten die §§ 9,10,11,12,13 entsprechend.

(10) Über das Ergebnis der Einstufungsprüfung ergeht ein schriftlicher Bescheid. Der Bescheid kann unter der Bedingung ergehen, dass bestimmte Studien- und Prüfungsleistungen innerhalb einer bestimmten Frist nach Aufnahme des Studiums erbracht werden. Der Bescheid kann auch eine Einstufung in ein anderes Semester vorsehen, als beantragt wurde. Im Zeugnis gem. § 18 Abs. 1 werden nur die Leistungen berücksichtigt, die nach Beginn des Studiums absolviert wurden.

§ 21

Ungültigkeit der Prüfung

(1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Prüfling getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für „nicht bestanden“ erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Dem Prüfling ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Erörterung der Angelegenheit mit dem Prüfungsausschuss zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und durch ein richtiges Zeugnis oder eine Bescheinigung nach § 18 zu ersetzen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Bachelor- oder Masterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung auf Grund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach den Absätzen 1 und 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 22

Einsicht in die Prüfungsakte

(1) Dem Prüfling wird auf Antrag nach Abschluss jeder Prüfung Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die Bemerkungen der Prüfenden und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Der Antrag ist spätestens innerhalb eines Jahres nach Abschluss der Prüfungen bzw. der Bachelor-/Masterarbeit oder des Bescheides über die nichtbestandene Prüfung beim Prüfungsausschuss zu stellen. Der Prüfungsausschuss bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

(2) Unabhängig von Absatz 1 wird der Termin zur Einsicht in die bewerteten Klausurarbeiten in der Regel von den Prüfenden bekanntgegeben.

§ 23

Hochschulöffentliche Bekanntmachungen

(1) Dieser Allgemeine Teil der Prüfungsordnung sowie die Besonderen Teile der Prüfungsordnung sind hochschulöffentlich bekannt zu machen. Die einzelnen Prüfungsausschüsse sorgen dafür, dass die Studierenden in geeigneter Weise von dieser Prüfungsordnung und den Besonderen Teilen der Prüfungsordnung Kenntnis nehmen können.

(2) Der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragten Stellen können Entscheidungen und andere Maßnahmen, die nach dieser Prüfungsordnung getroffen werden, insbesondere die Zulassung zur Prüfung, Versagung der Zulassung, Melde- und Prüfungstermine und -fristen sowie Prüfungsergeb-

nisse, hochschulöffentlich in ortsüblicher Weise bekannt machen. Dabei sind datenschutzrechtliche Bestimmungen zu beachten.

§ 24

Einzelfallentscheidungen, Widerspruchsverfahren

(1) Ablehnende Entscheidungen und andere belastende Verwaltungsakte, die nach dem Allgemeinen Teil oder den Besonderen Teilen dieser Prüfungsordnung getroffen werden, sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und nach § 41 VwVfG bekannt zu geben. Gegen diese Entscheidungen kann innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheides Widerspruch beim Prüfungsausschuss nach §§ 68 ff. der Verwaltungsgerichtsordnung eingelegt werden.

(2) Über den Widerspruch entscheidet der Prüfungsausschuss. Soweit sich der Widerspruch gegen eine Bewertung einer oder eines Prüfenden richtet, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der in Absatz 3 enthaltenen Vorgaben. Der oder dem Studierenden ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(3) Werden in dem Widerspruch konkret Einwendungen gegen prüfungsspezifische Wertungen und fachliche Bewertungen vorgebracht und wird substantiiert vorgetragen, dass die Lösung entgegen der Meinung der oder des Prüfenden richtig oder zumindest vertretbar ist, leitet der Prüfungsausschuss den Widerspruch dieser oder diesem Prüfenden zur Überprüfung zu. Ändert die oder der Prüfende die Bewertung antragsgemäß, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. Sofern die oder der Prüfende die Bewertung nicht antragsgemäß ändert, überprüft der Prüfungsausschuss zunächst auf Grund der Stellungnahme der oder des Prüfenden, ob

1. das Prüfungsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
2. bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
3. allgemein gültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
4. eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch gewertet worden ist,
5. sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.

Stellt der Prüfungsausschuss einen Verstoß nach Satz 3 Nr. 1 bis 5 fest und liegt nicht nur ein unbedeutender Verfahrensfehler vor, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch bereits in diesem Stand des Verfahrens ab und beauftragt andere, mit der Abnahme dieser Prüfung bisher nicht befasste Prüfende damit, die Prüfungsleistung erneut zu bewerten bzw. die mündliche Prüfung erneut abzunehmen. Sofern kein Verfahrensfehler oder ein nur unbedeutender Verfahrensfehler vorliegt, hat der Prüfungsausschuss unter Berücksichtigung der Stellungnahme der oder des Prüfenden – ggf. unter Hinzuziehung eines Sachverständigen – festzustellen, ob die als ungerecht empfundene Bewertung fehlerhaft ist und, falls ein Fehler festgestellt wird, ob dieser für die Prüfungsentscheidung wesentlich sein konnte. Sofern nach Ansicht des Prüfungsausschusses die Bewertung fehlerhaft war und sich auf die Benotung ausgewirkt haben konnte, hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch gemäß Satz 4 ab.

(4) Absätze 2 und 3 gelten entsprechend, wenn sich der Widerspruch gegen die Bewertung durch mehrere Prüfende richtet.

(5) Sofern sich der Widerspruch gegen eine Entscheidung des Prüfungsausschusses richtet, entscheidet, soweit der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht abhilft, der Fakultätsrat über den Widerspruch.

(6) Über den Widerspruch soll innerhalb eines Monats entschieden werden.

(7) Das Widerspruchsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsnote führen.

§ 25

Übergangsvorschriften

(1) Für die bei In-Kraft-Treten dieser Ordnung bereits eingerichteten Bachelor- und Masterstudiengänge gelten die jeweiligen Prüfungsordnungen zunächst weiter fort. Sie sollen bis Ende des Jahres 2006 an diese Ordnung angepasst werden. Dabei ist durch entsprechende Übergangsvorschriften sicher zu stellen, dass der Vertrauensschutz der Studierenden gewährleistet ist.

(2) Für Studiengänge, die ab Wintersemester 2005/2006 eingerichtet werden, gelten die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung.

§ 26

In-Kraft-Treten

Diese Prüfungsordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Die Anlagen 1a, 1b, 2a und 2b finden Sie in der
Hochschulöffentlichen Bekanntmachung Nr. 630